

Nach unendlich langem Hin und Her in der Gesundheitspolitik scheint jetzt mit dieser Vorlage Managed Care ein kleiner Durchbruch gelungen zu sein. Wir haben uns über Jahre mit verschiedensten Aspekten wie Kostenentwicklung, Kostenbeteiligung, Risikoausgleich und Vertragsfreiheit beschäftigt, die jetzt in die vorliegende Vorlage integriert werden. Das begrüßen wir ausdrücklich, und es ist dringend nötig, hier einen Schritt vorwärtszukommen, um die Kosten im Gesundheitswesen einigermassen in den Griff zu bekommen.

Mit der vorliegenden Vorlage soll aber auch die medizinische Versorgung und Betreuung der Patientinnen und Patienten verbessert werden. Wir begrüßen dieses integrierte Versorgungssystem, bei dem sich eine Gruppe von Leistungserbringern zum Zweck einer kombinierten medizinischen Versorgung zusammenschliesst, damit die Patienten effizient und besser betreut werden können.

Wir von der BDP begrüßen es auch, dass Anreize für die Versicherten geschaffen werden, damit sich möglichst viele einem solchen Netz anschliessen. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Kommission, dass, wer sich einem solchen integrierten Versorgungssystem anpasst, wie bisher 10 Prozent Selbstbehalt zu bezahlen hat, und dass die anderen Versicherten 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen müssen. Dabei ist es richtig, dass der Bundesrat wie bisher eine Obergrenze für den Selbstbehalt festlegen kann.

Wir sind auch mit der vorgeschlagenen Übergangsfrist für das Angebot von integrierten Versorgungssystemen einverstanden. Es ist realistisch, wenn die Krankenversicherer innert dreier Jahre solche Verbundmodelle im Angebot haben müssen. Sollte dies entgegen den Erwartungen nicht möglich sein, kann der Bundesrat dem Parlament die geeigneten Massnahmen vorschlagen. Umgekehrt ist es auch richtig, dass in Regionen, in denen solche Modelle schon früher angeboten werden, die Selbstbehaltsregeln bereits früher angewendet werden dürfen. Wichtig ist uns aber auch, in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die medizinische Versorgung in den ländlichen und peripheren Gebieten auch mit den neuen Versorgungsmodellen sichergestellt ist.

Die vorberatende Kommission hat auch die Anforderungen definiert, denen Anbieter von integrierten Versorgungsnetzen genügen müssen. So müssen sie alle Grundversicherungsleistungen anbieten. Sie dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Versicherer stehen und sie tragen auch eine Budgetverantwortung. Die Versicherer dürfen für solche Modelle eine Mindestvertragsdauer von drei Jahren vorsehen. Der Patient darf den Versicherer aber auch vorher wechseln, wenn sich die Versicherungsbedingungen stark verändern oder die Prämie stärker ansteigt als im kantonalen Durchschnitt. Die BDP-Fraktion begrüsst auch die Ergänzung der Liste der Kriterien für den Risikoausgleich. Es scheint uns richtig zu sein, beim Risikoausgleich neben dem Alter und dem Geschlecht auch die Spitalbesuche des Vorjahres und die Morbidität der Versicherten zu berücksichtigen. Insgesamt geht die vorliegende Managed-Care-Vorlage viel weiter als die ursprünglichen Vorschläge des Bundesrates zu den besonderen Formen der Krankenversicherung. Sie ersetzt zudem Entwürfe der Regierung aus dem Jahre 2004 zur Kostenbeteiligung und zur Vertragsfreiheit. Es ist daher richtig, auf die entsprechenden Vorlagen nicht einzutreten. Die BDP-Fraktion wird auch in diesen Punkten die Anträge der Kommission unterstützen. Insgesamt hoffen wir nun sehr, mit dieser Vorlage den Hauptzielen der Gesundheitsversorgung einen wichtigen Schritt näher zu kommen: die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern und den stetigen Kostenanstieg im Gesundheitswesen eindämmen zu können.

Die BDP-Fraktion ist für Eintreten und wird die Hauptstossrichtung der Vorlage auch unterstützen. ...Ich bin der Überzeugung, dass das auch in ländlichen Gebieten möglich ist. Es braucht dort ganz sicher regional grössere Zusammenschlüsse dieser Netzwerke, und dann wird die Versorgungssicherheit auch in ländlichen Gebieten gewährleistet sein.

Wenn das zu Schwierigkeiten führen sollte, dann erwarte ich vom Bundesrat, dass er die entsprechenden Massnahmen ergreift, damit die Gesundheitsversorgung in den ländlichen Gebieten sichergestellt werden kann. Das hat für mich als Bewohner einer solchen Gegend natürlich einen sehr grossen Stellenwert.